Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer

Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation

Band: 19 (1992)

Heft: 4-5

Artikel: Einziges Thema der Abstimmung vom 6. Dezember : der Europäische

Wirtschaftsraum

Autor: Walter, Michel / Gueissaz, Anne

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-910409

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Einziges Thema der Abstimmung vom 6. Dezember

Der Europäische Wirtschaftsraum

Nach dem Willen des Bundesrates soll am 6. Dezember einzig über den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum abgestimmt werden. Er hält es angesichts der «aussergewöhnlichen Bedeutung» der Abstimmung für die Zukunft des Landes nicht für angebracht, dass an ienem Tag über mehrere Vorlagen abgestimmt wird.

onkret müssen die Wähler darüber befinden, ob sie dem Bundesbeschluss zustimmen wollen, der dem Bundesrat eine Ratifizierung des EWR-Abkommens ermöglicht. Am 1. Januar 1993 wird der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) in Kraft treten. Er wird praktisch ganz Westeuropa umfassen und weltweit den grössten gemeinsamen Markt bilden (380 Millionen Einwohner).

Eidgenössische Volksabstimmung

6. Dezember 1992 Abstimmung über den EWR

Warum eine Abstimmung?

Innerhalb dieses Marktes können Personen, Waren, Kapital und Dienstleistungen (Versicherungen, Transportwesen etc.) frei und ohne Hindernisse administrativer oder technischer Art verkehren (Prinzip der vier Freiheiten, sie-

he Beispiele in den offiziellen Seiten).

Als Mitglied des EWR würde die Schweiz vollumfänglich in den Genuss der EWR von der materiellen Seite prädieser Freiheiten kommen. Darüber hinaus hätte sie in der Europäischen Gemeinschaft Fuss gefasst, ohne selbst Mitglied zu sein. Weil der EWR jedoch nach den Mechanismen der Europäischen Gemeinschaft funktioniert, muss die Schweiz wichtige Gesetze, die in Brüssel beschlossen wurden, überneh- auch ein umfangreiches. men («Acquis communautaire»).

- berührt mehr oder weniger alle Berei- che vom EWR ausgeklammert sind:

che des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, dazu gehört auch die Zusammenarbeit beim Umweltschutz, in der Forschung und im Bildungswesen (Anerkennung der Diplome).

Obschon das Schweizer Recht im weitesten Sinne demienigen von Brüssel entspricht, müssen etwa 60 Schweizer Gesetze jenen der Europäischen Gemeinschaft angepasst werden. Diese Gesetze werden bei der Abstimmung vom 6. Dezember nicht zur Debatte stehen und treten gleichzeitig mit dem EWR in Kraft. Sie sind jedoch dem Referendum unterstellt und werden hinfällig, wenn das Volk sie ablehnt.

So eindrücklich und grosszügig sich sentiert, so fragwürdig sieht es bei der Entscheidungsbefugnis aus, denn über neue EWR-Gesetze können nur die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft entscheiden. Die anderen Staaten, und zu diesen zählt die Schweiz, erhalten nur ein Konsultationsrecht, wenn

In diesem Zusammenhang sei daran Dieser «Acquis» – etwa 1600 Gesetze erinnert, dass mehrere wichtige Berei-

- die Landwirtschaft
- die Steuern
- die Währung
- die politische Einigung Europas
- das Militär

Falls die Schweiz eines Tages auch in diesen Bereichen an der Gestaltung Euenthält, die unmittelbar in der Schweiz ropas mitarbeiten will, wird sie der Euanwendbar sind und notwendigerweise ropäischen Gemeinschaft beitreten auch eine Anpassung der Bundesverfas- müssen. Das Volk würde dann nochmals gefragt - sofern man sich in Bern und bei der EG über die Beitrittsbedingungen einig wird. Eine Mitgliedschaft beim EWR wäre hierfür auf jeden Fall eine Vorbedingung.

Meinung, dass dieser Staatsvertrag Am 6. Dezember dieses Jahres werden nicht nur zahlreiche Bestimmungen Sie über den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum abstimmen können. Durch Beschluss des Bundesrates wird dieses internationale Abkommen also dem obligatorischen sung zur Folge haben werden (eine sol-Referendum unterliegen, obwohl die che Revision wäre ihrerseits dem obligatorischen Referendum unterstellt), Bundesverfassung für völkerrechtliche sondern für die Schweiz von so überra-Verträge, die «eine multilaterale Rechtsgender politischer und wirtschaftlicher vereinheitlichung herbeiführen» nur das fakultative Referendum vorsieht. Nur Bedeutung ist, dass im betreffenden Fall der Beitritt der Schweiz zu einer supra- nur das obligatorische Referendum in nationalen Gemeinschaft (z.B. UNO Frage kommt.

unterworfen (s. «Schweizer Revue» 2/92 «Agieren - Reagieren»). Was hat den Bundesrat zu diesem Entschluss veranlasst? Zwar stellt der Beitritt zum EWR keinen Beitritt zu einer supranationalen Gemeinschaft

oder EG) sowie die Revision der Bun-

desverfassung sind gemäss Schweizer

Recht dem obligatorischen Referendum

Die Bundesräte Jean-Pascal Delamuraz. René Felber und Arnold Koller (v. l. n. r.) sowie Vize-Bundeskanzler Achille Casanova (zweiter von rechts) erläutern die Europapolitik der Landesregierung. (Foto: KeyColor)

Volksabstimmung vom 27. September 1992

Resultate in Kürze

- Bau der schweizerischen Eisenbahn- Revision des Infrastrukturgesetzes Alpentransversale (zwei Basistunnel (Beiträge für die Anstellung von Mitarunter dem Gotthard und dem Lötschberg): JA (63,5% Ja gegen 36,5% Nein) (69,5% Nein gegen 30,5% Ja)
- Parlamentsreform:
- Revision des Geschäftsverkehrsgesetzes (effizientere Organisation der Parlamentsaktivitäten): JA (57,9% Ja gegen 42,1% Nein)
- Revision des Entschädigungsgesetzes tarier): NEIN (72,5% Nein gegen

Am Montag nach den Abstimmungen

jubelte die Schweizer Presse, war doch

der Ausgang der Abstimmung über die

Eisenbahn-Alpentransversale alles an-

Schweizervolk hat Klugheit gezeigt.

Die welsche Zeitung 24 heures (Lau-

sanne) meint, dass mit diesem Resultat

die internationale Glaubwürdigkeit der

Schweiz gewahrt sei. Die Bahn ist nun

frei für die Abstimmung über den EWR

vom kommenden 6. Dezember, verkün-

digt die Liberté (Freiburg). Die meisten

Zeitungen heben den eindeutigen Wil-

len der Schweizer hervor, sich nicht von

wird besonders von der Deutschschwei-

zer Presse begrüsst. Die Banken brau-

chen eine solche Entlastung. So stehen

denn auch die Finanzplätze Genf.

Zürich und Zug zuvorderst auf der

Ja-Liste, betont der Tages-Anzeiger

(Zürich). Der Bund (Bern) hebt jedoch

hervor, dass die 400 Millionen Minder-

einnahmen wegen der schlechten finan-

ziellen Lage der Eidgenossenschaft

Das bäuerliche Bodenrecht, das nur

knapp angenommen wurde, wird es den

kompensiert werden müssen.

Europa abzukapseln.

Presseschau

- beitern für Parlamentarier): NEIN
- Revision des Gesetzes über die Stempelabgaben (Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit unserer Banken durch Steuererleichterung): JA (61,4% Ja gegen 38,6% Nein)
- Revision des bäuerlichen Bodenrechts (Bauern erhalten beim Erwerb (bessere Entlöhnung der Parlamen- von landwirtschaftlichem Boden zur Selbstbewirtschaftung ein Vorrecht): JA (53,6% Ja gegen 46,4% Nein).

Bauern ermöglichen, landwirtschaftlichen Boden zu günstigen Preisen zu erwerben. Dieses Privileg ist eine gute Sache, hebt die Basler Zeitung hervor. In der Tat scheint es unzweckmässig, die bäuerlichen Schulden durch immer dere als sicher gewesen. Doch das grössere Subventionen zu tilgen.

Der «Lohn» unserer Parlamentarier soll nicht erhöht werden. Die Luzerner Neuste Nachrichten (Luzern) ist ob diesem Resultat nicht erstaunt. Ange- schen dem Stände- und dem Nationalsichts der gegenwärtigen Rezession und der leeren Kassen wurde der Wunsch

Hängige Volksinitiativen

Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik

Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr André Daguet, Pavillonweg 3, Postfach, CH-3001 Bern

Pro Tempo 130 auf Autobahnen

Pro Tempo 80 plus auf Strassen ausserorts Bernhard Böhi, Zollweidenstrasse 31, CH-4142 Münchenstein

Bildung für alle -Stipendienharmonisierung Christoph Jakob, Erlachstrasse 9, CH-3012 Bern

Zur Abschaffung der direkten Bundessteuer

Christoph Erb, Schwz. Gewerbeverband, Postfach 6816, CH-3001 Bern

EG-Beitrittsverhandlungen Markus Ruf, Zähringerstrasse 19, CH-3012 Bern

nach mehr Geld nicht gerade geschätzt. Zum Glück haben die Schweizer differenziert abgestimmt, stellt der Corriere del Ticino (Lugano) fest. So wurde der Rationalisierung des Verfahrens zwirat zugestimmt.

Kommentar

Die Reduktion der Stempelabgaben Das Schweizervolk ist weder altmodisch noch kleinlich noch kurzsichtig. Es hat es gewagt, zum grössten Projekt dieses Jahrhunderts, zur Neuen Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT), ja zu sagen. Dieser weitsichtige Entscheid mag wohl die vielen Skeptiker, die noch kurz vor der Abstimmung das Volk mit den roten Zahlen der Bundesfinanzen zu erschrecken versuchten, schmerzen. Doch hier ging es um mehr als nur wirtschaftliche Investitionen. Die Schweizer haben sich nicht von den vielen entmutigenden Voraussagen beeinflussen lassen, welche über die rund 15 Jahre dauernde Rückzahlung der 30 Milliarden, Schweiz zum Europäischen Wirtschaftswelche die NEAT kosten wird, gemacht raum (EWR) abstimmen. Das Ja der wurden.

der Schweiz heute noch lebendig. Das noch überzeugt werden müssen, Schweizervolk hat in der Tat dem Pro- Roland Brachetto

jekt grosszügig zugestimmt und somit auch seinen Willen kundgetan, die Schweiz weiterhin in ihrer historischen Rolle als Transitland zu belassen.

Das ist ein gutes Zeichen für unser Verhältnis zu Europa. Ein Nein zur NEAT hätte den von Bundesrat Ogi hart erkämpften Transitvertrag in Frage gestellt. So hätte die Europäische Gemeinschaft die Bedingungen der Schweiz - Verbot von 40-Tonnen-Lastwagen und die Beibehaltung des Nachtfahrverbotes für den Schwerverkehr nicht mehr akzeptiert. Dies hätte wiederum Streitigkeiten mit all unseren Nachbarn zur Folge gehabt.

Am kommenden 6. Dezember werden Volk und Stände über den Beitritt der Stimmbürger zur NEAT kündigt be-Als im letzten Jahrhundert die stimmt ein Ja zum EWR an. Das Stimmberühmten Tunnels vom Gotthard und volk hat somit schon einen europäivom Simplon gebaut wurden, hat man schen Reflex bewiesen, der viel Gutes sich nicht von Kostenfragen abhalten ahnen lässt. Allerdings werden die kleilassen. Darin liegt der echte Pionier- nen Kantone in der Zentralschweiz, die geist. Zum Glück ist diese Mentalität in das NEAT-Projekt abgelehnt haben,

dar. Unsere Regierung ist jedoch der